

großen sozialen Unterschiede zwischen stolzen Hofbesitzern und armen Landarbeitern zum Ausdruck.

Die aussagekräftigen Erinnerungen des Eiderstedter Kaufmanns und Fotografen Ernst C. Payns hätten nicht „aus dem Kreisarchiv Nordfriesland“ zitiert werden müssen, denn diese sind mitsamt vieler Bilder 1999 in der Reihe „Nordfriesische Lebensläufe“ publiziert und kommentiert worden. Sehr schöne Schilderungen und so manches Bonmot hätte Spurgat noch finden können in der Beschreibung von Friedrich Carl Volckmar, dem Rektor der Lateinschule in Garding, aus dem Jahr 1795 und in dem Buch „Die Marschen und Inseln der Herzogthümer Schleswig und Holstein“ von dem Schriftsteller Johann Georg Kohl aus dem Jahr 1846. Auch das Werk von Rudolf Muuß über die Eiderstedter Haubarge, das seit 2022 gedruckt vorliegt, wurde nicht herangezogen. Spurgat nennt manche Maler und Fotografen. Eine Erwähnung hätten sicherlich auch Eiderstedter Schriftstellerinnen wie Thusnelda Kühl, K. v. d. Eider oder Ingeborg Andresen verdient gehabt, die in ihren Romanen die sozialen Verhältnisse in Eiderstedt realitätsnah beschrieben, ebenso der Soziologe Ferdinand Tönnies, der in seinem Werk auch von seiner Herkunftsregion beeinflusst wurde.

Aber um Vollständigkeit ist es Günter Spurgat nicht zu tun. Man liest und blättert gern in seinem Buch über das einstige Eiderstedt. Die sorgfältig ausgewählten Bilder tragen sehr dazu bei.

Thomas Steensen

Blankenese im Nationalsozialismus 1939-1945. Heimatfront – Vernichtungskrieg – Shoa. Hrsg. von Jan Kurz. Hamburg: KJM Buchverlag, 2024. 347 S. (Edition Gezeiten. Schriften zur norddeutschen Kultur und Geschichte; Bd. 7). – ISBN 978-3-96194-233-6.

Nach den Bänden „Blankenese 1918“, „Blankenese in der Weimarer Republik“ und „Blankenese im Nationalsozialismus 1933-1939“ legt der Vorsitzende des rührigen „Förderkreises Historisches Blankenese“ als Herausgeber nun den vierten Band der vorbildlichen Reihe zur Aufarbeitung der Geschichte dieser Elbgemeinde im Hamburger Westen im 20. Jahrhundert vor. Beteiligt sind neun Autorinnen und Autoren mit insgesamt 15 Beiträgen, z. T. dieselben wie in den Vorgängerbänden, überwiegend mit einem historischen Studienabschluss, darunter aber auch ein erst 20-jähriger Student.

Es fällt auf, dass der Untertitel des Bandes drei Leitbegriffe aufführt, von denen aber nur der eine – „Heimatfront“ – auch als Überschrift eines der beiden Hauptkapitel auftaucht. Das zweite – kürzere – Kapitel ist überschrieben „Opfer und Täter“ und versucht, darunter beide Pole von Krieg und Verfolgung zu erfassen. Die These des Klappentextes, die Shoa sei „ebenso wie Verbrechen an Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern“ „vor Ort sichtbar“ und „ein offenes Geheimnis“ gewesen, ist nicht unproblematisch. Die Shoa, also die systematische, planvolle Vernichtung der Juden, hatte doch noch eine ganz andere und nicht vergleichbare Dimension. Jan Kurz vermerkt in seinem Vorwort, auf einen „Überblicksbeitrag zur Shoa in Blankenese“ sei „bewusst verzichtet“ worden. Das ist allerdings bedauerlich, hätte doch ein solcher die These „vor Ort sichtbar“ stützen und belegen

können/müssen. Sein Hinweis auf Bruno Tesch, den „Lieferanten des Zyklon B“, der als „Haupttäter der Shoa“ in Blankenese lebte, reicht als Beleg für die Sichtbarkeit der Shoa zumindest nicht aus. Kurz stellt aber durchaus die richtigen Fragen: „Was wusste man an der Heimatfront, was konnte man wissen?“, die im Folgebeitrag von *Claudia Bade* aufgegriffen und vertieft werden. Mit Primo Levi spricht sie von „willentlicher Unwissenheit“. Zumindest die Existenz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und die Verbrechen im Umgang mit ihnen waren bekannt und geschahen „vor aller Augen“. Und auch in die Verfolgung und Drangsalierung der Juden war die „Volksgemeinschaft“ von Anfang an involviert“. Mit dem Verweis auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die sich anschließenden antisemitischen Äußerungen und Ausschreitungen auch und gerade in Deutschland begründet Bade die Notwendigkeit der „Erinnerung an die Shoa und an ihre Opfer“, insbesondere an deren Vorgeschichte: „Wie begann alles?“ oder – auf heute bezogen – : „Wie transformiert sich eine Demokratie in eine Diktatur?“.

An den Anfang seines einleitenden Aufsatzes zum Kapitel „Heimatfront“ stellt *Bernhard Keller* ein Zeitungszitat vom 12.10.1939: „Hinter der besten Armee der Welt steht heute eine opferbereite Heimat, steht eine innere Front“. Berichte und Kommentare der „Norddeutschen Nachrichten“ sind bis 1943 die Quellen, auf die der Autor sich vorrangig stützt. Für die Zeit nach der kriegsbedingten Einstellung dieser Zeitung bezieht er seine Erkenntnisse hauptsächlich aus einer Publikation der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Er hebt hervor, nicht nur in den ersten Kriegsjahren, sondern auch noch nach 1943 (dem „Jahr der Ernüchterung“), sei das Regime bemüht gewesen, den Alltag für die Bevölkerung „so ‚normal‘ wie möglich erscheinen“ zu lassen. Das wurde allerdings mit dem zunehmenden Bombenkrieg ab 1941 immer schwieriger. Die „Heimatfront“ blieb zwar „funktionstüchtig“, gleichwohl nahmen der Autoritätsverlust des Regimes und der „Vertrauensverlust“ bei den „Volksgenossen“ rapide zu, und eine „unkriegsmäßige Einstellung“ – festzumachen an der Zunahme des Tausch- und Schleichhandels, des Abhörens von ‚Feindsendern‘ und des Erzählens politischer Witze – griff um sich.

Für die Stabilisierung der Heimatfront und die Aufrechterhaltung des Anscheins von Normalität waren die Aktivitäten der NS-„Frauensschaften“, der Jugendorganisationen der NSDAP sowie der Krieger-, Sport- und Turnvereine von großer Bedeutung. Dafür bietet Keller eine Fülle von Beispielen und Belegen. Auch das weiterhin breite Angebot an kulturellen Veranstaltungen (Theater, Konzerte, Kinofilme), Freizeitvergnügungen (Jahrmarkt, Wochenendausflüge, Wirtshausgärten) und „sportlichen Darbietungen und Betätigungsmöglichkeiten“ sorgte zumindest bis 1943 – und eingeschränkt auch noch danach – dafür, dass die Bevölkerung jedenfalls in Blankenese, das – wie Keller betont – allerdings insgesamt auch „glimpflich davongekommen“ ist, ihren Alltag weitgehend wie gewohnt (er)leben konnte. Selbst im Verhalten bei den immer häufigeren Fliegeralarmen entwickelte sie – einschließlich der Kinder! – einen „routinierten Umgang“ mit der Gefahr.

Die Bedeutung von Kino, Rundfunk und Tagespresse für die vom Regime gewünschte (und verordnete) Aufrechterhaltung einerseits des Anscheins von (Alltags-)Normalität und andererseits einer optimistischen Grundhaltung und – nach 1939 – der Zuversicht auf einen für das Deutsche Reich siegreichen Kriegsausgang untersucht Keller in zwei separaten Beiträgen. Die propagandistische Aufgabe und

Funktion dieser Medien belegt er mit einem Goebbels-Zitat. In seiner Rede „Das Kulturleben im Kriege“ vom 27.11.1939 betonte der Minister die Notwendigkeit „in so schweren Zeiten Entspannung und Erholung zu geben [...]. Ohne Optimismus ist kein Krieg zu gewinnen; er ist genauso wichtig wie die Kanonen und Gewehre“. Für die Presse – das Medium mit der weitaus größten Verbreitung – gab es täglich ausgegebene „Sprachanweisungen“, worüber und wie zu berichten bzw. nicht zu berichten sei. Für die Norddeutschen Nachrichten, das in Blankenese meistgelesene „Heimatblatt“, belegt der Autor detailliert, wie eifrig die Zeitung bemüht war, ihren propagandistischen Auftrag im Sinne des Regimes zu erfüllen, wobei sie oft – etwa in ihrer antisemitischen Agitation – noch über die anderen Presseorgane hinausging. In seinem Resümee äußert Keller allerdings dann doch Zweifel, ob die Tagespresse insgesamt ihre Aufgabe, als „zentrales propagandistisches ‚Führungsmittel‘“ zu fungieren, erfüllt habe. Zumindest sei ihre Wirkung im Zuge der durch die Kriegswirtschaft ausgelösten Ressourcenknappheit „immer mehr geschwächt“ worden.

Ausführlich beschäftigt sich *Keller* dann mit der Rolle des Kinos, das nach einer krisenhaften Flaute 1929 mit Beginn der NS-Herrschaft einen rasanten Aufschwung, sowohl bei den Spielstätten als auch bei den Besucherzahlen, erlebte und zum wichtigsten Unterhaltungs- und Propagandainstrument wurde. Besondere Bedeutung erlangte die „Wochenschau“ als verpflichtendes Vorprogramm vor dem Spielfilm. Propagandafilme im engeren Sinn wie „Hitlerjunge Quex“ oder „Kampfgeschwader Lützow“ machten dabei nur etwa 10% des Programms aus, mehr oder weniger subtile Propaganda transportierten aber auch die unterhaltenden und Musikfilme.

Das Radio – dank des „Volksempfängers“ ein zunehmend beliebtes und breit genutztes Medium – hielt Goebbels „für das allermodernste und für das allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument, das es überhaupt gibt“ – es musste daher personell und inhaltlich vollständig an die „Ziele des Nationalsozialismus“ angepasst werden: „Der Rundfunk gehört uns, niemandem sonst“. Auch hier bildete neben der politischen Propaganda – besonders in Form des „Gemeinschaftsempfangs“ bei Hitler-Reden und bei der Frontberichterstattung – die Unterhaltung einen Programmschwerpunkt. Wie bei der Tagespresse konstatiert der Autor auch beim Rundfunk (im Gegensatz zum Kino) eine ab 1941 abnehmende politisch-propagandistische Bedeutung. Nach Stalingrad „hatte der Rundfunk als ‚Führungsmittel‘ endgültig ausgedient“, in seiner Unterhaltungsfunktion sei er jedoch „kriegswichtig“ geblieben. Zudem habe er sich als „Überlebensmittel im Luftkrieg“ erwiesen – einerseits durch das (mit drakonischen Strafen belegte) Abhören von ‚Feindsendern‘, andererseits wegen seiner (gegenüber dem Sirenenalarm) frühzeitigeren Warnung vor Luftangriffen.

Einen weiteren Beitrag widmet *Keller* der Kriegswirtschaft in Blankenese, speziell der Frage, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs organisiert wurde. Seine Quellen sind auch hier zunächst die Norddeutschen Nachrichten und für die Zeit nach deren Einstellung Akten des Ortsamts Blankenese und Berichte von Zeitzeugen. Ausführlich und mit vielen Details, die heute nur noch Fachleuten und denen, die es als Jugendliche noch selbst miterlebt haben, bekannt sein dürften, erläutert er die für die Bewirtschaftung getroffenen Maßnahmen zur Regelung von Produktion und Verteilung der Bedarfsartikel. Im Nachhinein ist es kaum mehr nachvollziehbar, wie etwa Gastwirte und Einzelhänd-

ler den immer neuen zeit- und organisationsaufwendigen Auflagen der Durchführungsanordnungen nachkommen konnten. So musste bei einem Gaststättenbesuch für jede Speise, für jede Zubereitungsart und für jede Beilage gesondert der Fettanteil berechnet (insgesamt höchstens 20 g) und durch die Abgabe von Fettmarken bezahlt werden. Das System der Kundenlisten, Stammkarten, Bezugsscheine und Lebensmittelkarten mit farblich differenzierten abtrennbaren Abschnitten war kompliziert, wurde aber dank der schon vor 1939 generalstabsmäßig betriebenen Vorbereitung im wesentlichen bis zum Kriegsende eingehalten, auch nachdem sich ab 1942 die Versorgungslage deutlich verschlechterte und die Rationierungen einschneidender wurden. Keller führt das auf den „Durchhaltewillen“ der Bevölkerung und die entwickelten „Ausweich- und Anpassungsstrategien“ zurück.

Wegen seines Detailreichtums ähnlich informativ ist *Kellers* Bericht über „Die Blankeneser Oberschule für Jungen im Krieg“. Er konzentriert sich ganz auf die „zunehmend restriktiven Bedingungen, unter denen die Schule ihre Unterrichtsarbeit im Krieg verrichten musste“, und lässt – in der Forschung bereits anderweitig bearbeitete – Aspekte wie die nationalsozialistische Schulpolitik und ihre Auswirkung auf die Unterrichtsinhalte oder das Verhalten der Lehrkräfte unter dem Regime außer acht. Diese Bedingungen waren geprägt von immer häufigerem Unterrichtsausfall, vom Lehrermangel (durch die Einziehung zum Kriegsdienst), von Kürzungen der Stundentafel und von mangelhafter Kohlenversorgung, die zu Heizungsstilllegungen führte. Zunehmend wurden auch Schüler eingezogen und verließen die Schule mit einem „Reifevermerk“ ohne Abschlussprüfung mit der Klasse 8 oder sogar 7. Die Verpflichtung der 15- bis 17-Jährigen zur „FLAK-Miliz“ und die „Kinderlandverschickung“ der Jüngeren sorgten für weitere erhebliche organisatorische und pädagogische Probleme. Sehr aufschlussreich ist ein handschriftlicher Vermerk über „Schülerveränderungen“ im Mitteilungsbuch der Schule vom 29.1.1945. Danach waren zahlreiche Schüler zum Dienst im „Wehrtüchtigungs-“ oder „Bannausbildungslager“, im Reichsarbeitsdienst, zur Kinderlandverschickung oder als Luftwaffenhelfer abgemeldet – die Folge einer vom NS-Regime „systematisch betriebene[n] Militarisierung der Kindheit“. Nachdem die Schule Anfang 1945 zum „Hilfslazarett“ geworden war, konnte regulärer Unterricht nur noch in Privaträumen erteilt werden (!) und kam nahezu vollständig zum Erliegen. Keller vermerkt abschließend, nicht weniger als 229 ehemalige Schüler dieser Blankeneser Schule seien durch den Kriegseinsatz ums Leben gekommen.

In einem separaten Beitrag befasst sich *Ulrike C. G. Röper* mit dem Luftkrieg in den Elbgemeinden und in Hamburg. Sie erläutert die Organisation des Luftschutzes und die Stationierung der Waffen zur „bodengestützten Verteidigung“, d. h. der FLAK. Außer einem eher versehentlichen Bombenabwurf im März 1943 war Blankenese vom Luftkrieg – im Gegensatz zu Hamburg – eher wenig betroffen, die Verdunkelungs- und Schutzraumvorschriften galten natürlich aber auch hier, und die Bevölkerung wurde zu regelmäßigen Schulungen und Luftschutzübungen angehalten. Hinzu kam immer häufigerer Fliegeralarm, und nach dem Großangriff auf Hamburg im Sommer 1943 wurden „Ausgebombte“ in Blankeneser Privathäusern einquartiert, was einerseits zu Spannungen, andererseits aber auch – neben der Versorgung durch das Rote Kreuz und die NS-Frauenschaft – zu freiwilligen Hilfsmaßnahmen durch einheimische Bauern führte.

Den Abschluss des Kapitels „Heimatfront“ bilden die Erinnerungen des 1931 geborenen Zeitzeugen *Frank Pietzcker*. Zum Teil bestätigen sie die Berichte und Analysen der vorangegangenen Beiträge (etwa hinsichtlich der Unterrichtsprobleme an der Oberschule oder der Erfahrungen im Luftkrieg), zum Teil ergänzen sie diese um eine Reihe von Details, so um persönlich Erlebtes im Bombenkrieg, bei Schulungsveranstaltungen im „Deutschen Jungvolk“, Arbeitseinsätzen der „Pimpfe“ oder Vorkommissen in der unmittelbaren Nachkriegszeit (Schwarzmarkt, „Volksküche“).

Das Kapitel „Opfer und Täter“ beginnt mit zwei Aufsätzen zur Erinnerung an Opfer der Judenverfolgung – an Ida Dehmel und die Familie Alexander. *Carolin Vogel*, die sich der Dehmels bereits in mehreren Beiträgen zu den Vorgängerbänden angenommen hat, rekapituliert kurz die Situation Ida Dehmels nach 1933, das ist soweit bekannt. Neu und ausführlich geht sie dann auf die verschiedenen Bemühungen – insbesondere des Verlegers Peter Suhrkamp – ein, die jüdische Witwe Richard Dehmels vor dem Tragen des gelben Sterns und der zu befürchtenden Deportation zu schützen. Das gelang zwar endlich durch eine Ausnahmegenehmigung von höchster Stelle, konnte aber nicht verhindern, dass ihre Depressionen zunahmen und sie sich schließlich im September 1942 mit der Einnahme von Veronal das Leben nahm. Vogel betont, die massenhafte Deportation von Hamburger Juden vom Oktober 1941 an sei unübersehbar gewesen und habe sich „inmitten von Nachbarschaften und Gemeinwesen und unter breiter Zustimmung“ von Zuschauern vollzogen. Das Lebenswerk beider Dehmels habe jedoch „allen Widrigkeiten zum Trotz Bestand“: Das Dehmelhaus besteht weiter als „Kulturstätte und Erinnerungsort“, das Dehmel-Archiv ist in der Staats- und Universitätsbibliothek wieder zugänglich, und die von Ida Dehmel gegründete GEDOK arbeitet seit ihrer Wiederbegründung nach 1945 weiter.

*Iris Bork-Goldfield*, Professorin für German Studies an der Wesleyan University in Connecticut/USA, schildert unter dem Titel „Die Alexanders. Begrüßt – geduldet – deportiert – zurückgekommen“ das Schicksal ihrer Vorfahren über drei Generationen. Ihr jüdischer – später mit seiner Frau Hedwig evangelisch getaufter – Urgroßvater Walter Alexander gründete mit einem Teilhaber eine Chemiefabrik in Berlin und wurde nach dem Ersten Weltkrieg Gesellschafter einer Oelkautschukfabrik im Hamburger Freihafen, die 1938 unter Zwang an ihre ‚arischen‘ Teilhaber verkauft werden musste. Ihr Großvater Gerhard wurde zunächst Bibliothekar in der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin, war aber 1936 – nach seiner Entlassung dort aufgrund des „Arierparagraphen“ (1933) – ebenfalls in diese Firma eingetreten. Damit war die berufliche, wenn auch noch nicht die finanzielle „Existenzmöglichkeit“ der Alexanders vernichtet. 1942 wurden die Urgroßeltern in das KZ Theresienstadt deportiert, wo sie noch im selben Jahr an angeblichen Krankheiten starben. Kurz vor Kriegsende erhielt auch der (ebenfalls getaufte) Großvater – wegen seiner Heirat mit einer Christin Angehöriger einer sog. privilegierten Mischehe – den Deportationsbefehl nach Theresienstadt, erlebte jedoch die Befreiung dieses KZ und konnte nach schwerer Typhuserkrankung im Juni 1945 nach Hamburg zurückkehren. Der zwangsenteignete Immobilienbesitz der Alexanders wurde restituiert, und der Großvater konnte schließlich auch seine Tätigkeit als Beamter in der Staatsbibliothek wieder aufnehmen. Über ihr eigenes Schicksal nach 1945 schweigt die Autorin sich aus; sie begnügt sich mit der bitteren Feststellung: „Die Deutschen wollten vom

Krieg nichts mehr wissen, das Leben ging weiter und keiner wollte etwas gewusst haben“.

Mit dem Thema „Zwangsarbeit in den Elbvororten“ befasst sich der Beitrag des jüngsten Mitarbeiters dieses Autorenkollektivs. *Leonas Pausch* vertritt mit Bezug auf das „Millionenheer“ an männlichen und weiblichen Zwangsarbeitern die These, Deutschland habe sich „im Krieg in einen modernen Sklavenhalterstaat“ verwandelt, allerdings habe die SS die „Sklavenarbeit“ im Gegensatz zu früheren Sklavenhalten industrialisiert“. Mit vielen Zahlen und Details schildert der Autor insbesondere die Behandlung der „Ostarbeiter“, die als „fremdvölkisch“ hinsichtlich der Ernährung, der medizinischen Versorgung und der Kontrollen und Strafen noch härter drangsaliert wurden als Kriegsgefangene und Verschleppte aus westeuropäischen Ländern. Der Einsatz von Landarbeitern erfolgte offen und unter ‚humaneren‘ Bedingungen, während sich die Verhältnisse in der Industrie für die Betroffenen immer weiter verschlechterten. Gegen Kriegsende waren die – von der Trümmerbeseitigung bis zur Bombenentschärfung und Schanzarbeiten – zur Zwangsarbeit eingesetzten Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge „am präsentesten im Hamburger Stadtbild“. Im Mai 1945 befanden sich nach *Pauschs* Angaben noch über 100.000 „Ausländer“ im Stadtgebiet, die zunächst in Lagern für „displaced persons“ untergebracht werden mussten.

Die Opfergruppe der „Asozialen“ steht im Fokus der Studie von *Frauke Steinhäuser*. „Stigmatisiert als ‚asozial‘“ wurde gem. einem Erlass Reinhard Heydrichs, des Chefs der Sicherheitspolizei, vom April 1938 jede/r, der/die „durch gemeinschaftswidriges, [...] Verhalten zeigt, daß er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will“. Ausdrücklich genannt werden darin „Bettler, Landstreicher (Zigeuner), Dirnen, Trunksüchtige mit ansteckenden Krankheiten“ sowie Menschen, „die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen“. Dabei war der Willkür der Zuordnung Tür und Tor geöffnet. Die Diffamierung ging einher mit starken Kürzungen der öffentlichen Wohlfahrtspflege – unterstützt wurden nur noch „wertvolle, ordentliche“ Volksgenoss:innen“ [sic!]. Bereits im Juni 1933 verkündete der Reichsinnenminister Wilhelm Frick öffentlich: „Zur Erhöhung der Zahl erbgesunder Nachkommen haben wir zunächst die Pflicht, die Ausgaben für asoziale Minderwertige und hoffnungslos Erbkrankte herabzusetzen und die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen zu verhindern“. Diese Maxime führte auf der Grundlage des Gesetzes „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (Juli 1933) und des Erlasses über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung (Dez. 1937) zu verhinderten Eheschließungen (mangels eines „Erbgesundheitszeugnisses“), erzwungenen Schwangerschaftsabbrüchen und Zwangssterilisierungen. *Steinhäuser* schildert dazu drei Fallbeispiele aus Blankenese. Ihr Beitrag endet mit der deprimierten Feststellung: „... die als sozialrassisch Verfolgten [kommen] in der öffentlichen Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus kaum vor. Die Mehrheitsgesellschaft blickt über sie hinweg oder durch sie hindurch“. Daran habe auch ihre (allzu späte) Anerkennung als NS-Opfer durch den Deutschen Bundestag (Febr. 2020) nichts geändert.

In einem ergänzenden Aufsatz nimmt die Autorin eine ganz „besondere Gruppe“ der NS-Opfer ins Visier: die Kinder von Zwangsarbeiterinnen. Auf dieses Thema gebracht hat sie ein unerwarteter Fund im Staatsarchiv Hamburg in den Akten des

Ortsamts Blankenese: Eine „Liste der in Hamburg verstorbenen Ausländer“, die in der Mehrzahl die Namen von Säuglingen und höchstens zweijährigen Kindern aufwies – Kindern verschleppter Zwangsarbeiterinnen. *Steinhäuser* referiert zunächst kurz die Forschungslage zu diesem speziellen Thema. Für alle betroffenen Frauen bedeutete eine Schwangerschaft unter den Bedingungen der Zwangsarbeit eine „psychische und physische Extrebelastung“, insbesondere aber für Frauen aus Polen und der Sowjetunion. Für die NS-Kriegswirtschaft waren schwangere Zwangsarbeiterinnen äußerst lästig; es wurde daher ein „mehrstufiges Unterdrückungssystem“ entwickelt, das vom Verbot sexueller Kontakte über Zwangsabtreibungen bis zur Wegnahme der unerwünschten Kinder reichte. Bis Ende 1942 wurden schwangere Zwangsarbeiterinnen aus Osteuropa in die Herkunftsländer zurückgeführt, danach kamen sie in sog. Ausländerkinder-Pflegestätten, die wegen der dort herrschenden Bedingungen nichts anderes als „slave baby death farms“ waren (wie sie in US-Medien gebrandmarkt wurden). In Blankenese gehörte das „Haus Grüneck“ zu diesen Einrichtungen. Die Autorin nennt die Namen und Schicksale (soweit bekannt) von sechs der dort an Unterernährung und ihren Folgen verstorbenen Kleinkinder. Unter der Überschrift „Möglichkeiten des Gedenkens“ erwähnt sie einen Glaswürfel auf dem Ohlsdorfer Friedhof mit den Namen von 257 Kindern und eine Reihe mittlerweile verlegter Stolpersteine und regt darüber hinaus die Installation einer „Stolperschwelle“ oder – besser – einer Gedenktafel vor dem ehemaligen Kinderkrankenhaus Blankenese oder auf dem örtlichen Friedhof an.

Wie die Heimatfront auch in den Elbgemeinden direkt oder indirekt mit dem Vernichtungskrieg zusammenhing, untersucht der Herausgeber *Jan Kurz* in seinem abschließenden Artikel. Er will die „Bandbreite der Akteure und Handlungsmöglichkeiten“ aufzeigen und damit zugleich den Täterbegriff über seine juristische Definition hinaus problematisieren. Die Verhaltensweisen der Täter reichten vom „Dienst nach Vorschrift“ über die Kollaboration beim Denunzieren, ‚Arisieren‘ und Profitieren bis zur direkten Beteiligung am Deportieren, Selektieren und Morden. *Kurz* beginnt seinen Beitrag mit einem Aufruf der Blankeneser „Ortsfrauenschaftsleiterin“ vom 25. Juli 1944 zur „kriegswichtigen“, aber ‚freiwilligen‘ Heimarbeit. Er sollte – wenige Tage nach dem fehlgeschlagenen Hitler-Attentat – einen „erneuten Mobilisierungsschub“ zur Stärkung der Heimatfront bewirken. Dem Aufruf folgten diverse Maßnahmen und (Veranstaltungs-)Angebote zur aktiven Mitwirkung. Dass das Denken und Handeln der Menschen an der Kriegs- wie an der Heimatfront sich gar nicht so sehr voneinander unterschied, belegt *Kurz* unter den Überschriften „Rassismus an der Heimatfront“ und „Ausbeutung der besetzten Gebiete“. Auch der Umgang mit Kriegsgefangenen, Zwangs- und Fremdarbeiten war an beiden Fronten ähnlich und unübersehbar. Der Autor geht außerdem auf die „Kindstötungen im Rahmen der ‚Euthanasie‘“ und auf krasse Fälle von Rechtsbeugung und Terrorjustiz ein und nennt dazu – wie auch zur (Mit)Täterschaft vieler Hamburger Unternehmer und zum Einsatz verschiedener Militäreinheiten als Wachmannschaft in Kriegsgefangenen-Stammlagern – die Namen der Verantwortlichen. *Kurz’* Resümee lautet: „Die aktive Beteiligung an Verbrechen war kein Muss [...] Ob und wie das Wissen um die Verbrechen sich [...] bis an die Heimatfront verbreiten konnte“, das sei allerdings „systematisch kaum zu ergründen“.

Der vierte Band der Publikationsreihe zu Blankenese im 20. Jahrhundert bietet zu den bearbeiteten Themen einen umfassenden und gut belegten Überblick. In den einzelnen Beiträgen wird aber auch immer wieder die ‚privilegierte‘ Situation Blankeneses und der Elbgemeinden betont – sowohl was die soziale Schichtung der Bevölkerung als auch die Betroffenheit von Zerstörungen im Bombenkrieg angeht. Es sollte jedoch auch nicht übersehen werden, was alles in diesem Band *nicht* thematisiert wird. Die Opfergruppe der Sinti und Roma etwa und die der Fahnenflüchtigen werden nur mal kurz gestreift, Homosexuelle und Zeugen Jehovas kommen gar nicht vor, ebenso wenig wie Gewerkschafter und (ehemalige) SPD- oder KPD-Funktionäre – sie spielten wohl auch im (groß-)bürgerlichen Blankenese keine nennenswerte Rolle. Und in auffallendem Gegensatz zu der verdienstvollen Studie von Stefan Romey („Widerstand in Wandsbek 1933-1945“, 2021; vgl. ZSHG 148, 2023, S. 383-386) ist der Widerstand gegen das NS-Regime überhaupt kein Thema. Gab es dazu nichts zu berichten? Wäre es so, dann wäre das für sich genommen bereits eine Analyse wert.

So lobenswert und in vielem vorbildlich die ganze Reihe und dieser Abschlussband auch sind – ein *vollständiges* Bild der Kriegsjahre in Blankenese liegt mit dieser neuen Publikation nicht vor.

Rolf-Peter Carl

Bordesholm in der Geschichte. Hrsg.: *Oliver Auge*. Kiel: Universitätsverlag Kiel, 2023. 234 S. (Nordelbische Ortsgeschichten; Bd. 7). – ISBN: 978-3-910591-10-3.

Mit Bordesholm verbindet man gemeinhin die Geschichte des dort seit dem 14. Jahrhundert ansässigen Augustiner-Chorherren-Stifts, dessen Kirche bis heute zu den architektonisch und kunsthistorisch beeindruckendsten mittelalterlichen Orten des Landes gehört. Das Doppelfigurenkenotaph für Herzog Friedrich I. und seine Ehefrau Anna von Brandenburg aus dem frühen 16. Jahrhundert, das ebenfalls vorreformatorische Chorgestühl, verschiedene spätmittelalterliche Grabsteine und Altäre, die ebenfalls noch vor der Reformation ausgemalte „Russenkapelle“ mit den Sarkophagen der Gottorfer Zeit, außerdem die Erinnerung an die Familie von Saldern und andere wichtige Protagonisten der vormodernen Epoche laden hier bis heute zum Eintauchen in die reiche Geschichte des Landes zwischen den Meeren ein. Dass aus dem im 14. Jahrhundert von Neumünster an den Bordesholmer See verlegten Stift nach dessen Auflösung im 16. Jahrhundert eine fürstliche Lateinschule wurde, dass aus dieser wiederum 1665 die Gottorfer Landesuniversität hervorging, während die vormalige Stiftskirche seit dem 18. Jahrhundert als Pfarrkirche diente, wird in Fortsetzung der Stiftsgeschichte ebenfalls in Erinnerung gehalten. Dass der Ort Bordesholm aber auch darüber hinaus eine eigene lebendige Geschichte aufzuweisen hat, die mit der Geschichte des erstmals im 12. Jahrhundert fassbaren Ortes Eiderstede noch vor die Zeit der Verlegung des Stifts von Neumünster nach Bordesholm zurückreicht und die bis ins Hier und Heute führt, tritt dabei nur allzu leicht in den Hintergrund. Hier dürfte die vorliegende Veröffentlichung Abhilfe schaffen, die die Geschichte des Ortes von der Vorzeit bis in die jüngste Vergangenheit in den Blick rückt. Genau genommen entstand der heutige Ort ja auch erst 1906 durch die